



DR. MATHIAS MIDDELBERG, MdB

Innenpolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen

CDU

| Berlin: mittendrin |

15. Mai 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die Corona-Pandemie hat unseren Alltag elementar verändert. Die gesundheitlichen Folgen sind massiv, aber auch die ökonomischen. Wir verzeichnen die größte Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg.

Der Export, von dem unsere Wirtschaft besonders abhängig ist, ist dramatisch eingebrochen. Die Industrie produziert nur auf ermäßigtem Niveau. Geschäfte, Hotels oder Restaurants mussten zeitweise komplett dichtmachen. Und viele Arbeitnehmer sind in Kurzarbeit.

Zur Abmilderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise hat der Bund **das größte Hilfspaket beschlossen, das es jemals in der Bundesrepublik gab.** Dennoch gibt es Branchen, die noch über lange Zeit besonders betroffen sein werden. Dazu zählen z.B. die Tourismuswirtschaft, das Veranstaltungswesen, aber auch Kunst und Kultur. Für diese Branchen muss es weitergehende Hilfen geben. In mehreren Telefon-Sprechstunden habe ich meinen Mitbürgern und Mitbürgerinnen zur Beratung zur Verfügung gestanden. Vielen konnten wir dabei konkret helfen. Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihre Anrufe!



Schöner Erfolg für Osnabrück und das Bistum

Osnabrück:

340.000 € Förderung aus dem Denkmalschutz-

Sonderprogramm des Bundes für die Restaurierung der Orgel der Pfarrei St.

Johann. **17 der 48 Register der Orgel sind aus dem 16.-**

18. Jahrhundert - die einzigen historischen Orgelregister in der Stadt. Sehr gern habe ich mich für den Antrag der Gemeinde bei der Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, eingesetzt.

Presse

NEUE OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG
NEUE TAGESPOST OSNABRÜCKER TAGEBLATT

04. Mai 2020

Streit über Wahlrechtsreform

ANALYSE CDU im Norden macht Druck auf CSU für kleineren Bundestag

BERLIN Der Bundestag muss kleiner werden, darin sind sich alle Fraktionen einig. Hier hört der Konsens aber schon auf. Die Abgeordneten der CDU im Norden machen jetzt Druck auf die CSU.

Das Problem: Seit 2002 ist der Bundestag stetig gewachsen – von damals 598 Abgeordneten auf heute 709. Immer mehr Abgeordnete entstehen durch Überhangmandate, wenn die Zahl der direkt gewonnenen Wahlkreise die Zahl der Sitze übersteigt, die einer Partei nach ihrem Zweitstimmergebnis eigentlich zustünden. Damit das Stimmenverhältnis gewahrt bleibt, erhalten die anderen Parteien Ausgleichsmandate. Es gilt als gute Sitte, dass in der Frage ein Kompromiss gefunden wird, mit dem alle Fraktionen leben können. Der ist bislang nicht in Sicht. Auch die Kosten schießen in die Höhe: Der Bund der Steuerzahler hat errechnet, dass die Kosten für das Parlament 2020 erstmals über eine Milliarde Euro steigen.

Die Debatte nimmt Fahrt auf: Jetzt ist in der Union Unruhe entstanden, weil man befürchten muss, dass sich mit der Mehrheit der anderen Fraktionen ein Vorschlag durchsetzen könnte, der sie aus ihrer Sicht stark benachteiligen würde. Fraktionschef Ralph Brinkhaus will nun die Wahlkreise leicht von jetzt 299 auf etwa 270 Wahlkreise reduzieren, faktisch eine teilweise Verrechnung von Überhangmandaten mit Listenmandaten zulassen und 15 Überhangmandate nicht ausgleichen. Die CSU sträubt sich gegen eine Reduzierung der Wahlkreise, weil sie in Bayern viele Direktmandate gewinnt. Auch aus

Wir diskutieren derzeit die Verlängerung der „Westbalkan-Regelung“. Diese Regelung wurde im Oktober 2015 – als Zugeständnis an die SPD für deren Zustimmung zur Einstufung von Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Asyl-Herkunftsstaaten eingeführt. Danach können Menschen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und dem Kosovo ein Arbeitsvisum für Deutschland erhalten – ohne Deutschkenntnisse und ohne jede schulische und berufliche Qualifikation.



Interview mit dem ZDF-heute Journal zur Westbalkan-Regelung

Ende 2020 läuft die „Westbalkan Regelung“ aus. Eine schlichte Verlängerung dieser **Sonderregelung für die Zuwanderung von Arbeitnehmern ohne jede Anforderung an deren Qualifikation** halte ich nicht für vertretbar. Von den Flüchtlingen, die wir in den letzten Jahren bei uns aufgenommen haben, suchen sehr viele noch Arbeit. Viele beziehen noch Sozialleistungen. 3 von 4 Syrern etwa, die bei uns leben, sind noch auf Hartz IV-Unterstützung angewiesen:

SGB II - Quote nach Bevölkerungsgruppen	
Syrer	77,0 %
Afghanen	50,3 %
Bulgaren	25,0 %
Türken	18,5 %
Rumänen	9,2 %
Deutsche	6,2 %

Insgesamt fast 700.000 anerkannte Schutzberechtigte, Geduldete und Asylbewerber stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Hinzu kommt die **durch die Corona-Pandemie völlig veränderte ökonomische Lage**. Gegenüber dem Vorjahr haben wir bereits jetzt einen **Anstieg der Arbeitslosigkeit um 415.000 Personen**. Hinzu kommen **über 10 Mio. Menschen in Kurzarbeit**. Wie viele hiervon in ihre Jobs zurückkehren können, ist völlig ungewiss. **Vor diesem Hintergrund ist allenfalls eine sachlich begrenzte und deutlich kürzer befristete Verlängerung der Westbalkan-Regelung denkbar.**

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund!

U
Mathias Middelberg

der SPD gibt es Vorbehalte.
Rückenwind für Brinkhaus:
 Die CDU-Landesgruppen-Vorsitzenden aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein machen jetzt Druck auf die CSU, weniger Wahlkreise zuzustimmen. „Die CSU sollte ihre Blockade bei der Reduzierung der Wahlkreise aufgeben“, sagte Niedersachsen-Chef Mathias Middelberg unserer Redaktion. Die Christsozialen sollten den Weg für einen Kompromiss öffnen, so Middelberg. Jeder müsse sich ein Stück bewegen. Die norddeutschen Bundesländer müssten in Kauf nehmen, bei einer Reform Listenmandate zu verlieren. Die Opposition sollte im Gegenzug akzeptieren, „dass es wenige Überhangmandate geben darf, die nicht ausgeglichen werden“. Wenn kein Kompromiss gefunden werde, bestehe das Risiko, „dass das Wahlrecht radikal geändert wird und wir ein reines Verhältniswahlrecht bekommen“. „Die Wahlkreise und die Direktwahl der Abgeordneten könnten dann wegfallen, jedenfalls an Bedeutung verlieren. Das wäre fatal. Ein Riesenvorteil unserer Demokratie, der direkt gewählte, aber auch direkt ansprechbare Abgeordnete vor Ort, wäre dann weg. Vor allem für die ländlichen Räume wäre das ein dramatischer Verlust“, meint Middelberg.

Reden im Bundestag



Aktuelle Stunde zum Wahlrecht - abrufbar unter: dbtg.tv/fvid/7446034

Kontakt

Büro in Berlin
 Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Tel: 030 227 – 71382
 Fax: 030 227 – 76882
mathias.middelberg@bundestag.de

Büro im Wahlkreis
 Heger-Tor-Wall 23, 49078 Osnabrück
 Tel.: 0541 57067
 Fax: 0541 957999
mathias.middelberg.wk@bundestag.de
www.mathias-middelberg.de
facebook.com/mathias.middelberg